

Stand und Entwicklung der Beziehung Schweiz-EU auf einen Blick

Allgemeine Beziehungen Schweiz-EU

- Rückblick: Einreichung des Postulats 09.3560 für eine Neubeurteilung der Europapolitik mit 101 Unterschriften (10.06.); der Vize-Präsident der EU Kommission Günter Verheugen bedauert «atmosphärischen Störungen» in der Beziehung Schweiz-EU (28.06.); in seiner Antwort auf das Postulat Widmer (09.3415) bekräftigt der Bundesrat seine Absicht, im Lichte des EU-Beitrittsgesuchs Islands eine Neubeurteilung der Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft in der EFTA vorzunehmen (01.07.); Frankreich, Deutschland, Italien, und Spanien blockieren einen Entwurf der Kommission zur Beilegung des kantonalen Steuerstreits (22.07.); Veröffentlichung eines Manifests für den EU-Beitritt durch den Club Helvétique (01.08.); Einreichung der Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» durch die Auns (11.08.); economiesuisse ist nach wie vor der Überzeugung, dass ein Beitritt keine Vorteile mit sich bringen würde (17.08.); der Bundesrat verabschiedet den neuen aussenpolitischen Bericht und empfiehlt die Annahme des Postulats 09.3560 (02.09.).
- Voraussichtliche Entwicklungen: Veröffentlichung des neuen aussenpolitischen Berichts (zweite Woche September); Sitzung der EFTA-Gruppe betreffend der kantonalen Steuerregime (15.09.); Gipfel der G20 (24.-25.09.); evtl. Mandat des Ecofins an die Kommission zur Neuverhandlung des Betrugsabkommens (20.10?).
- *Kommentar: Bald werden in der EU die Verhandlungspartner der Schweiz wechseln und zwar nicht unbedingt zu unserem Vorteil. Nach den Europawahlen und im Hinblick auf die Ratifikation des Vertrages von Lissabon ist die Wiederwahl des der Schweiz wohlgesinnten sowie den bilateralen Weg pragmatisch unterstützenden José Manuel Barroso sehr unsicher. Das Ausscheiden von Benita Ferrero-Waldner wurde bereits bestätigt. Als Nachfolger ist Christ Patten im Gespräch, welcher den Ruf hat, dem Sonderfall Schweiz gegenüber wesentlich negativer eingestellt zu sein als die österreichische Kommissarin. Unterdessen ist eine Neuauflage des «alten Steuerstreits» sehr wahrscheinlich und es ist nicht auszuschliessen, dass Verhandlungen über den Informationsaustausch in Steuerfragen eröffnet werden müssen. Hoffen wir, dass der aussenpolitische Bericht bald veröffentlicht wird und dass er dem strukturellen Defizit angepasste Massnahmen vorsieht!*

Zinsbesteuerung (bilaterale Abkommen über die Zinsbesteuerung und den Steuerbetrug, Doppelbesteuerungsabkommen, Revision von europäischen Richtlinien)

- Rückblick: Der Ecofin hat der Kommission ein Mandat zur Aufnahme von Sondierungen mit der Schweiz betreffend Neuverhandlungen über das Zinsbesteuerungsabkommen erteilt (Ausweitung auf andere Finanzprodukte und juristische Personen, automatischer Informationsaustausch); die 27 Mitgliedstaaten haben den Wunsch der Kommission, auch für die Steuerhinterziehung ein Abkommen auszuhandeln, «zur Kenntnis genommen», gaben dazu aber noch kein grünes Licht (Opposition durch Luxemburg und Österreich) (09.06.); Hilfsorganisationen aus der Schweiz, Österreich und Luxemburg verlangen von ihren Staaten, dass sie den automatischen Informationsaustausch einführen (16.06.); die Europäische Kommission ersucht die Schweiz per Brief um die Neuverhandlung des Zinsbesteuerungsabkommens (18.06.); die schwedische EU-Präsidentschaft macht die «gute Regierungsführung in Steuerangelegenheiten» zu einer ihrer Prioritäten (01.07.); die Schweiz paraphiert das zwölfte DBA zwecks Anpassung an die OECD-Kriterien (23.07.); Botschafter Reiterer betont, dass 19 EU-Mitgliedstaaten von der Schweiz noch immer nichts erhalten haben (23.07.); die SVP unterstützt die Volksinitiative zur Verankerung des Bankgeheimnisses in der Verfassung (21.08.); die SPK-N schlägt vor, dass alle Doppelbesteuerungsabkommen dem fakultativen Referendum unterstellt werden (21.08.); der französische Finanzminister erklärt, dass Frankreich im Besitz der Namen von 3000 Steuerzahlern mit Schweizer Bankkonto ist, handelt es sich hier um einen Bluff? (29.08.); vier DBA sind unterzeichnet und Weitere zehn paraphiert (Stand 01.09.).

- Voraussichtliche Entwicklungen: G20-Gipfel in Pittsburgh (24.-25.09); der Ecofin erteilt der Kommission das Mandat zur Neuverhandlungen des Steuerabkommens mit der Schweiz (20.10.?); die WAK-N entscheidet über die Modalitäten der Unterstellung der DBA unter das fakultative Referendum (Oktober? für den Fall, dass die WAK-N mit einem Referendum nicht einverstanden ist, behält sich die SPK-N vor, den Vorschlag direkt dem Rat zu unterbreiten); Unterschriftensammlung für die Volksinitiative zur Verankerung des Bankgeheimnisses in der Verfassung (Einreichfrist Oktober 2010).
- *Kommentar: Das Bankgeheimnis galt als «nicht verhandelbar». Innerhalb weniger Monate ist es aber weitgehend seiner Substanz entleert worden. Eine Feststellung drängt sich auf: Als Mitglied der EU hätte die Schweiz ihre Finanzinteressen besser verteidigen können. Zwei Fragen müssen gestellt werden: Werden die 12 abgeschlossenen DBA genügen, die Schweiz aus dem Schussfeld zu nehmen? Und: Wie lange wird es Luxemburg und Österreich noch gelingen, die Bestrebungen der Europäischen Kommission, den automatischen Informationsaustausch EU-weit durchzusetzen, zu blockieren, wo dies doch vor allem über den (Um-)Weg der Neuverhandlung der bilateralen Abkommen zur Zinsbesteuerung und der Betrugsbekämpfung geschehen soll? Die Berner Zeitung hat kürzlich darauf hingewiesen, dass Artikel 26 der OECD durchaus unterschiedlich ausgelegt werden kann (23.06). Die jüngsten Äusserungen des französischen Ministers Eric Woerth lassen zudem darauf schliessen, dass die juristischen «Absicherungen», die das EDF installiert hat, etwa den gleichen Schutz bieten, wie das Zinsbesteuerungsabkommen von 2004 – aus heutiger Sicht – das Bankgeheimnis «zementiert» hatte.*

Unternehmensbesteuerung (Freihandelsabkommen von 1972)

- Rückblick: Die Kommission informiert die EFTA-Gruppe des europäischen Rates über den «Dialog» mit und die Kompromissvorschläge durch die Schweiz (30.06); Botschafter Reiterer regt an, das verlängerte Mandat der Kommission zu nutzen, um so die Verhandlungen weiter voranzutreiben (02.07.); die EFTA-Gruppe lehnt einen von der Kommission unterbreiteten Vorschlag für eine «Erklärung» ab, welche die Schweizer Fortschritte anerkennt und den «alten» Steuerstreit provisorisch für beigelegt erklärt (22.07); die Debatte zu einem neuen Entwurf der Kommission für eine «Erklärung» wird in letzter Minute von der Traktandenliste der Sitzung der EFTA-Gruppe gestrichen (01.09.)
- Voraussichtliche Entwicklungen: Debatte in der EFTA-Gruppe des Rates über einen Vorschlag der EU-Kommission für eine «Erklärung» zum Steuerstreit (vorgesehen für den 15.09.); Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens für die dritte Unternehmenssteuerreform (im Herbst).
- *Kommentar: Die Kommission war für lange Zeit die Speerspitze der Offensive gegen die Steuerregime der Schweizer Kantone. Sie zeigt sich heute deutlich pragmatischer und verhält sich eher gemäss dem Motto «lieber einen Spatz in der Hand als eine Taube auf dem Dach». Auf der anderen Seite machen Mitgliedstaaten wie Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien Druck für eine Maximallösung. Aus ihrer Sicht sind die Zugeständnisse der Schweiz ungenügend. Sie bringen so ihre Unzufriedenheit gegenüber dem Verhalten der Schweiz zum Ausdruck, das sie als Verzögerungstaktik wahrnehmen. Aus diesem Grund haben sie Ende Juli gegenüber dem Entwurf der Kommission von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht, um so den Druck auf die Schweiz aufrecht zu erhalten. In dieser Ausgangslage ist es für die Schweiz sicher nicht ratsam, auf Zeit zu spielen. Es ist höchste Zeit, die Unternehmenssteuerreform, welche Brüssel schon vergangenen Dezember vorgelegt wurde, in die Vernehmlassung zu schicken.*

Agrarfreihandelsabkommen

- Rückblick: Der Nationalrat verweigert das Eintreten auf die Finanzierung der flankierenden Massnahmen (26.05.); dritte Verhandlungsrunde; die EU stellt die Übernahme des Acquis communautaire durch die Schweiz in den zentralen Bereichen als (Vor-)Bedingung (02.-03.06.); der Schweizerische Obstverband bekräftigt seine Opposition gegenüber einem Agrarfreihandelsabkommen und fordert eine schritt- und produktweise Marktöffnung (05.06.); die Arbeitsgruppe «flankierende Massnahmen» nimmt 80 von ursprünglich 250 Vorschlägen auf und legt Prioritäten fest (12.06.); Lancierung des Referendums gegen Cassis de Dijon durch Bauernkreise (23.06.); Treffen zwischen Doris Leuthard und Günter Verheugen (26.06.); die WAK-S stimmt der Finanzierung der flankierenden Massnahmen zu (12.08.); Tausende von Bauern, unterstützt von der SVP, demonstrieren in Sempach gegen ein Agrarfreihandelsabkommen (29.08.); Ministertreffen der WTO in New Dehli zwecks Neulancierung der Doha-Verhandlungsrunde (03.-04.09).
- Voraussichtliche Entwicklungen: Entscheidung des Ständerats über die Finanzierung der flankierenden Massnahmen (24.09.); nächste Verhandlungsrunde (Herbst); Ministerkonferenz in der WTO (30.11.-02.12.).
- *Kommentar: Die Ablehnung der Finanzierung der flankierenden Massnahmen zu einer Öffnung des Agrarmarktes wurde von den bäuerlichen Kreisen, gegenüber dem Agrarfreihandel schon mehr als skeptisch, als Signal der Ablehnung aufgefasst. Das Scheitern dieser ersten Etappe ist vor allem dem EVD zuzuschreiben: Die Bedingungen für die Verwendung dieser Gelder wurden nicht genügend genau festgelegt. Mit der Eröffnung einer zweiten Front um Cassis de Dijon kann sich Doris Leuthard keine Niederlage im Ständerat leisten. Grosse Überzeugungsarbeit muss noch geleistet werden; mit dem Ziel aufzuzeigen, dass die für die flankierenden Massnahmen vorgesehenen Gelder adäquat eingesetzt werden. Denn: Im Endeffekt ist klar, dass der Agrarfreihandel eine Notwendigkeit ist. Das Beispiel Österreichs zeigt es.*

Cassis de Dijon (CdD)

- Rückblick: Lancierung des Referendums durch die Organisation La Vrille (23.06.); Doris Leuthard trifft Genfer Bauern (01.08.); um der wachsenden Opposition durch die Bauern entgegenzutreten, versucht Doris Leuthard, die Konsumenten auf ihre Seite zu ziehen (03.08.); in einem offenen Brief an Doris Leuthard; äussert der Schweizerische Landmaschinen-Verband (SVA) seine Bedenken gegenüber Cassis de Dijon (14.08.).
- Unterstützen das Referendum: Uniterre, PdA, Bäuerliches Zentrum Schweiz, die Grünen, écologie libérale und die SVP; Unterstützen CdD: FDP, CVP, SP, Grünliberale, Konsumentenschutzorganisationen (Listen nicht abschliessend).
- Bevorstehende Etappe: Referendumsfrist (01.10.)
- *Kommentar: Aus juristischer und politischer Sicht gestaltet sich die einseitige Einführung von Cassis de Dijon problematisch: Die Schweizer Produktionsnormen werden de facto durch jene der EU-Mitgliedstaaten ersetzt, wobei die Schweiz nicht Zugang zur Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs haben wird. Trotz diesen Mängeln wird die Einführung von Cassis de Dijon einen positiven Effekt auf die Preisentwicklung haben. Gleichzeitig bedeutet Cassis de Dijon einen symbolischen Schritt in Richtung einer weiteren Öffnung gegenüber der EU: dem Agrarfreihandelsabkommen. Darum gilt es, einen Dominoeffekt zu vermeiden, denn: Erleidet Cassis de Dijon Schiffbruch, könnte dies auch den Agrarfreihandel zu Fall bringen...*

In Kürze

- **Atalante:** Die SiK-N und die SiK-S segnen die Schweizer Beteiligung an Atalante ab (15:11 Stimmen (16.06.) bzw. 10:1 Stimmen (26.06.)). Mit 13:12 Stimmen (bei einer Enthaltung) lanciert die SiK-N einen Vorstoss, der ein humanitäres Engagement der Schweiz in Somalia fordert. Der Ständerat wird darüber am 08.09., der Nationalrat am 15.09. abstimmen.
- **24-Stundenregel:** Der Bundesrat hat das am 24.03. paraphierte Abkommen zur 24-Stundenregel abgesegnet (13.05.) und in die Vernehmlassung geschickt (25.06.). Es ist am 01.07. auf provisorischer Basis Inkraft getreten. Die Vernehmlassungsfrist endet am 05.10.
- **Schengen/Dublin:** Die tschechische Regierung kritisiert die Dichte der Schweizer Grenzkontrollen als zu hoch und moniert, dass dies ein zentrales Prinzip des Schengen-Raumes verletze (16.08.); der Bundesrat segnet das Abkommen zu FRONTEX ab (26.08.); Fedpol zieht eine positive Bilanz zur Einführung von SIS und zur Kooperation der verschiedenen Polizeicorps und der Grenzschutz: Zwischen Januar und Juni ist es gelungen, total 3432 Personen oder Gegenständen auf die Spur zu kommen, will heissen: im Schnitt 25 Personen oder Gegenständen pro Tag (28.08.). In der Herbstsession müssen sich National- und Ständerat zur Weiterentwicklung des Schengener Acquis äussern: Änderung des Waffengesetzes und Informationsaustausch (09.044) sowie Übernahme der Verordnung über das Visa-Informationssystem (VIS) (09.051). Ferner steht eine Beteiligung der Schweiz am «Programm von Stockholm» zur Diskussion.
- **Kohäsion:** Der Bundesrat hat seine Botschaft zum Rahmenkredit für die Beiträge zur Erweiterung zugunsten von Bulgarien und Rumänien zuhanden des Parlaments verabschiedet (05.06.). Es handelt sich um einen totalen Betrag von 257 Millionen, verteilt über fünf Jahre (76 zugunsten Bulgariens und 181 zugunsten Rumäniens); die APK-N stimmt mit 14:7 Stimmen (bei einer Enthaltung) für diesen Rahmenkredit (29.06.); die Europäische Kommission hat Bulgarien und Rumänien zum wiederholten Male wegen den mangelnden Fortschritten bei der Korruptionsbekämpfung gerügt, verzichtet aber auf entsprechende Massnahmen (22.07.); der Nationalrat wird sich dazu in der Herbstsession äussern (07.09.).
- **Media-Abkommen:** Wegen anhaltenden Differenzen mit dem Nationalrat beschäftigt sich der Ständerat im Zusammenhang mit der Ratifikation des Media-Abkommens zum wiederholten Male mit dem Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) (17.09.). Die Frage der Eurokompatibilität des RTVG bleibt offen (vgl. Infoparlement 2/2009).
- **Elektrizität:** Anlässlich der dritten Verhandlungsrunde für ein bilaterales Abkommen (10.07.) haben die Schweiz und die EU folgende Fragen erörtert: die Umsetzung der Elektrizitätslieferungsabkommen mit Frankreich, eine mögliche Zusammenarbeit im Rahmen von regionalen Initiativen zur Marktöffnung sowie die Kompensation von Transitkosten und die Folgen des dritten Liberalisierungspakets für den europäischen Elektrizitätsmarkt vom 25. Juni 2009.
- **Bildung:** Die Schweiz und die EU haben ein Abkommen zur offiziellen Beteiligung der Schweiz (ab 2011) an den europäischen Programmen für Bildung, Berufsbildung und Jugend paraphiert («Jugend in Aktion», «Allgemeine Bildung und lebenslanges Lernen») (06.08.); der Bundesrat hat dazu zuhanden des Parlaments seine Botschaft betreffend Billigung dieses Vertrags und dem damit verbundenen Kredit in der Höhe von 111 Millionen verabschiedet (02.09.).
- **Megatrucks («60-Töner»):** Als Mitglied des transeuropäischen Netzwerks «No Megatrucks» hat der VCS bei der Bundeskanzlei eine Petition mit 30'000 Unterschriften eingereicht. Diese fordert, dass die Megatrucks für Schweizer Strassen nicht zugelassen werden (18.06.). Die EU wird 2010 über die Zulassung dieser neuen Lastwagen entscheiden müssen.